

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser,

mit einer Mammut-Sitzung hat sich der 6. Sächsische Landtag von der Bühne verabschiedet. Am 1. September haben die Wählerinnen und Wähler das Wort. Klar ist schon, dass wir bald auf verdienstvolle Abgeordnete verzichten müssen, die nicht wieder antreten. Cornelia Falken war seit 2004 unsere bildungspolitische Stimme. Kerstin Lauterbach hat fast ebenso lange die Familienpolitik bestimmt. Klaus Tischendorf hat in 20 Landtags-Jahren die Fraktion geprägt, nicht nur als Parlamentarischer Geschäftsführer. Horst Wehner war und ist als Landtags-Vizepräsident sowie als Streiter für Inklusion fraktionsübergreifend anerkannt. Auch die lakonisch-fachlichen Beiträge unserer Agrarpolitikerin Kathrin Kagelmann werden wir vermissen – ebenso die europapolitischen Impulse unserer jüngsten Abgeordneten Anja Klotzbücher.

Besonders hervorheben möchte ich Klaus Bartl. Mit ihm verlässt der letzte Abgeordnete der Opposition, der von 1990 bis heute dabei war, den Landtag. Klaus hat linke Politik für sehr viele Menschen sehr verständlich gemacht. Er stritt für Verfassungsrechte, die andere vernachlässigten. Er wollte soziale Grundrechte in die Landesverfassung schreiben, sogar dem Kleingartenwesen zu dieser Weihe verhelfen. Er war Sachsensumpf-Aufklärer, Gartenweg-Lobbyist, Schutzmacht für Datschen und Garagen, Kämpfer für Justizvollzugswärter und für die Rechte der Gefangenen. Klaus kennt wie kaum ein Zweiter beide Systeme, vor und nach 1989. Deshalb hat er uns immer wieder gemahnt, die Grundrechte jedes Menschen nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen.

Allen sieben gebührt großer Dank für ihre herausragende Arbeit!

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Für die Mitte-Links-Mehrheit im Landtag



Wer hat's gesagt? Nr. 1: „Sachsen ist ein Land voller Möglichkeiten, voller Zusammenhalt, voller Talente und Ideen, voller Begeisterung und Tatkraft. Uns geht es gut. Die Menschen sehen für sich und Sachsen eine Perspektive.“ Nr. 2: „Sachsen ist ein wunderbares Land. Deshalb werden wir den Zusammenhalt und das Miteinander in unserer Heimat weiter stärken. Wir haben die Weichen neu gestellt. Sachsen ist ein starkes Land und hat die Kraft, alle Herausforderungen zu meistern.“

Beide Zitate stammen aus Regierungserklärungen sächsischer CDU-Ministerpräsidenten vor der Landtagswahl. Welches aus Stanislaw Tillichs und welches aus Michael Kretschmers Munde stammt, wird nicht sofort klar (Auflösung: Nr. 1 stammt von Tillich, Nr. 2 von Kretschmer). Die CDU bleibt sich also treu: Sachsen geht es gut, und wenn etwas nicht läuft, sind andere schuld. Beifall bei der CDU-Fraktion.

Oppositionsführer Rico Gebhardt griff den Tillich-Nachfolger Kretschmer für dessen letzter Regierungserklärung im Landtag scharf an und warf ihm eine „Beichte ohne Inhalt“ vor: „Ja, es seien Fehler gemacht worden, das haben Sie auch jetzt wieder gesagt. Was Sie nicht sagen, wer denn nun genau welche Fehler gemacht hat – denn die CDU soll selbstverständlich makellos bleiben.“ Kretschmer sei unglaubwürdig: So fordere er einen „Volkseinwand“, obwohl die CDU stets jegliche konstruktiven Volksinitiativen blockiere. Den CDU-Abgeordneten sagte er: „Sie scheinen aus Angst vor dem Verlust Ihrer Direktmandate Ihrem Spitzenkandidaten jede Idee durchzuwinken, auch eine Idee, die Sie für bescheuert halten.“ Das Thema Russland-Sanktionen, deren Abschaffung die LINKE im Landtag mehrfach gefordert hat, habe Kretschmer ebenfalls erst im Wahlkampf entdeckt. Mit keiner Regierung der Welt sei bedingungslose Solidarität möglich, sagte Gebhardt – aber schon aus histo-

rischer Schuld habe Deutschland eine besondere Verantwortung, gegenüber Russland den Weg der Entspannungspolitik zu verfolgen.

Kretschmer unternehme zahllose Verkaufstouren und werbe mit schönen Dingen, die es noch gar nicht gibt. Die CDU-Sozialministerin präsentiere ein 20-Punkte-Programm gegen Ärztemangel, zehn Jahre nachdem ihre Vorgängerin dasselbe getan hatte, ohne dass spürbare Verbesserungen erreicht worden wären. Ständig verspreche Kretschmer auch tausend Polizeistellen, doch selbst mit allen Zuwächsen werde es die Regierung nur auf gut 14.000 Stellen bringen. „Es gab in Sachsen aber schon einmal 15.000 Polizeibeamte. Sie haben die Polizei mit Unterstützung der Koalitionspartner SPD und FDP systematisch kaputtgespart. Nun wollen Sie auch noch die Grundrechte kaputtmachen, indem Sie fehlende Beamte durch inakzeptable Überwachungsrechte ausgleichen wollen. Dagegen werden wir klagen.“



Auch durch seine ablehnende Haltung zum Volksantrages für längeres gemeinsames Lernen habe Kretschmer eine Chance vertan, Glaubwürdigkeit zu gewinnen. „Okay, damit machen wir die Landtagswahlen zur Volksabstimmung über die Gemeinschaftsschule in Sachsen“, so Gebhardt. Das sei die erste von drei zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre. „Die soziale Spaltung nach der 4. Klasse muss aufhören.“

Zweitens seien bezahlbare Wohnungen für alle zu schaffen – per Mietendeckel und Sozialwohnungsbau in den Großstädten, aber auch auf dem Lande. Barrierefreier Umbau sei zu fördern, damit ältere Menschen lange in ihren eigenen vier Wänden bleiben könnten. Gebhardt forderte Unterstützung vor allem für Wohnungsbaugenossenschaften und kommunale Wohnungsbau-Gesellschaften, inklusive deren Entschuldung von den Altlasten aus der DDR.

„Drittens: die Nahversorgung überall. Sie haben ja nicht nur die Schulen geschlossen, sondern aus ideologischen Gründen auch die Polikliniken. Sie haben die meisten Jugendclubs sterben lassen. Sie tragen die Verantwortung dafür, dass die Menschen in vielen Orten gar keine Möglichkeit mehr haben, sich zu begegnen, sich zusammenzufinden. Das Thema Nahversorgung reicht vom Dorfladen über die Arztpraxis bis zum Begegnungszentrum.“ DIE LINKE werde weiter für bessere Lebensbedingungen in Sachsen streiten.



Gebhardts Fazit: „Herr Ministerpräsident, Sie taumeln wie ein angeschlagener Boxer durch den Boxingring. Sachsen erlebt den Sommer der Versuchung, und dies aufgrund des Versagens der Sachsen-CDU. Doch ich bin davon überzeugt: Die Mehrheit wird dem widerstehen und sich für Vernunft und eine progressive Politik in diesem Land entscheiden. Sachsen braucht keinen neuen Koalitionskrückstock für den politischen Altersstarrsinn der CDU und schon gar keine weitere Rechtsverschiebung. Sachsen braucht einen Landtag mit Mitte-Links-Mehrheit, den die CDU nicht mehr dominiert.“



Sachsens Schulen modernisieren!

Es ist ermüdend. Wegen des CDU-Versagens diskutiert Sachsen seit Jahren über Stellen und Geld, wenn es um die Schulen geht – und nicht inhaltlich über gute Bildung. Dabei wäre das dringend nötig. Die Linksfraktion hat kurz dem Ende der Wahlperiode erneut darauf aufmerksam gemacht – mit der Aktuellen Debatte „Zukunft braucht gute Schule – jetzt erst recht“.

Bildungspolitikerin Cornelia Falken beschrieb nochmals die Notlage: „Massenhaft fällt Unterricht aus. An manchen Schulen unterrichten 80 Prozent Seiteneinsteiger. 1.800 Lehrkräfte sind langzeitkrank. Und das alles bei steigenden Schülerzahlen.“ Der Unterricht müsse abgesichert werden – dass das derzeit nicht möglich sei, verdanke Sachsen der CDU, die keine Personalplanung betrieben hat. „Ich möchte anmerken, dass ich persönlich seit 15 Jahren an dieser Stelle mit Zahlen und Fakten darauf hingewiesen habe, welche Konsequenzen das haben wird. Ich gebe zu: Auch ich konnte mir 2004 nicht vorstellen, dass wir jemals weit über 5.000 Personen im Schuldienst haben würden, die keinen pädagogischen Abschluss haben.“ Auch die Verbeamtung werde den Mangel nicht grundlegend lindern, sie habe vielmehr eine Zweiklassenlehrerschaft geschaffen.

Helfen könne kurzfristig eine professionellere Einstellungspraxis, die

Bewerberinnen und Bewerber nicht zu Bittstellern degradiert. „Sie müssen es schaffen, Einzelverfahren durchzuführen, und junge Kolleginnen und Kollegen nicht in Gruppenverfahren zu Einstellungsgesprächen einzuladen. Sie brauchen einen konkreten und ernsthaften Kontakt der jungen Leute mit Schulleitern und Bürgermeistern in den Regionen, in die sie gehen. Die Stellen müssen auf die jungen Leute zugeschnitten werden“, so Falken.



Bild: Frank Lämmel / flickr.com / CC BY-NC-ND 2.0

Bildungspolitik dürfe dennoch nicht damit enden, Lehrkräfte zu gewinnen und Schulgebäude zu bauen. „Es geht darum, die sächsische Schule weiterzuentwickeln. Wir brauchen komplett neue Rahmenlehrpläne. Wir brauchen andere Inhalte, wir müssen dieses Verfahren komplett neu gestalten.“

Eine Grundsatzdebatte darüber, was wie gelehrt und gelernt werden soll, sei nötig. Das zeige schon die unver-

mindert hohe Zahl junger Menschen, die ohne Schulabschluss bleiben. „Die Schülerinnen und Schüler brauchen fundiertes, gutes und individuelles Wissen. Das kann nur eine individuelle Förderung gewährleisten. Ja, wir brauchen eine Schule und ein Klima mit leistungsfördernden Elementen, wodurch es möglich ist, dass leistungsstarke und leistungsschwache Schülerinnen und Schüler gemeinschaftlich lernen. Damit können sie

fachliche und soziale Kompetenzen untereinander lernen. Wir möchten die Gemeinschaftsschule. Wir möchten das längere gemeinsame Lernen.“ Die Linksfraktion stehe zum Volksantrag des Vereins „Längeres gemeinsames Lernen“, der voraussichtlich Mitte August dem Landtag übergeben wird.

Dann hat das neue Parlament eine erste Gelegenheit, die bildungspolitische Debatte mit Inhalten zu beleben.

Existenzsicherndes Einkommen für alle

In Sachsen sind 685.000 Menschen arm – mitnichten nur arbeitslose: Deutschlandweit ist ein Drittel der armen Erwachsenen erwerbstätig, ein weiteres Viertel ist in Rente, ein weiteres Zehntel in Ausbildung. Jedes fünfte sächsische Kind lebt in Armut!

Auch in den vergangenen fünf Jahren hat die Linksfraktion viele Vorschläge gemacht, wie der Wohlstand bei allen ankommen kann – auch und vor allem bei denen, die ihn erarbeiten oder erarbeitet haben. Zum Schluss der Wahlperiode folgte ein Rundumschlag in Form des Antrages „Sozialstaat garantieren: Existenzsicherndes Einkommen für alle – Armut wirksam bekämpfen!“ (Drucksache 6/18048). Sachsen braucht eine Landesregierung, die gegen Armut

kämpft und sich nicht damit begnügt, auf die Bundesregierung zu verweisen. **LINKEN-Sozialpolitikerin Susanne Schaper** verwies auf landespolitische Möglichkeiten. „Die Regierung sollte den Landesfamilienpass ausbauen, mit dem Kulturangebote billiger genutzt werden können. Pflgende Angehörige sollten mindestens ein Landespflegegeld bekommen. Besonders von Armut Betroffene sollten günstig oder gar kostenlos mit Bus und Bahn fahren können. Auch ein Mietendeckel ist nötig. Und der Mindestlohn muss rauf auf mindestens 12 Euro – wo ist die sächsische Initiative dazu?“

Der Antrag fordert eine soziale Absicherung in allen Lebenslagen: eine solidarische Mindestrente von 1050 Euro und

eine sanktionsfreie Mindestsicherung in gleicher Höhe für alle, die beruflich aus dem Tritt geraten. Das Kindergeld muss kurzfristig auf 328 Euro erhöht werden. Perspektivisch muss eine Kindergrundsicherung her. „Armut bedeutet Entbehrungen und gesellschaftliche Ausgrenzung. Armut macht krank. Das alles ist nicht neu. Dennoch hat diese Staatsregierung nicht viel unternommen“, kritisierte Schaper.

In Berlin solle Sachsen für eine verlässliche gesetzliche Renten- und Krankenversicherung streiten. „Die Beitragsbemessungsgrenzen müssen weg. Wer ein Einkommen erzielt, ob aus Arbeit oder Kapital, sollte für dessen gesamte Höhe Sozialbeiträge entrichten. Der VW-Vorstandsvorsitzende zahlt bisher nicht mehr Sozialversicherungsbeiträge als ein VW-Facharbeiter“, empört sich die Sozialpolitikerin. Die umlagefinanzierte Rente habe viele Krisen überstanden. „Aber Riester und Rürup sind Mogelpackungen und ein schamloser Griff in die Taschen der Bürgerinnen und Bürger. Das gilt übrigens genauso für die Doppelbesteuerung von Renten.“

Das CDU-Dogma lautet: Es ist allen geholfen, wenn der Wirtschaft geholfen ist. Ein Irrtum! „Der Anstieg der Armut bei brummender Konjunktur belegt das“, so Schaper. „Die einzige Partei, die sich immer für die Rechte der Armen einsetzt, ist DIE LINKE!“



Bild von cocoparisienne auf Pixabay

Selbstbestimmt leben und wählen

„Ich rede heute zu einem Gegenstand, um den wir als Fraktion seit etwa acht Jahren unter unterschiedlichen Regierungskonstellationen gerungen haben“. So eröffnete **Horst Wehner, langjähriger Landtags-Vizepräsident und Inklusionspolitiker der Linksfraktion**, seine letzte Rede im Landtag. Er warb nochmals eindringlich für sein Herzensanliegen. „Es geht um die Überarbeitung des im Wesentlichen von 2004 stammenden Integrationsgesetzes, in dem die sächsischen Prämissen für die Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen festgeschrieben sind.“ Dazu hat die Linksfraktion ein „Gesetz zur Gleichstellung, Inklusion und selbstbestimmten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen“ vorgeschlagen (Drs 6/13144). Die Regierungskoalition hat endlich reagiert und Gesetzesänderungen vorgenommen, die allerdings weniger weit reichen als die Vorstellungen der LINKEN. „So beschränkt sich der Geltungsbereich des Gesetzes auf Landesebene, sodass die Kommunen ausgenommen sind. Ferner fehlen Barrierefreiheitsanforderungen im Bereich Bau und Verkehr. Es fehlt auch die Beweislastumkehr im Rahmen des Benachteiligungsverbot, wodurch behinderte Menschen dem Staat nachweisen müssen, dass sie tatsächlich benachteiligt werden und nicht umgekehrt“, so Wehner. Die Linksfraktion werde auch künftig dafür streiten, dass die seit 2009 auch in Deutschland gültige UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt wird. „Menschen mit Behinderungen sind nicht als defizitäre hilfebedürftige Wesen zu sehen, sondern als Mitmenschen mit den gleichen Rechten auf ein selbstbestimmtes Leben und auf gesellschaftliche Teilhabe wie alle anderen auch.“

Dementsprechend wandte sich die Linksfraktion mit einem weiteren Gesetzentwurf gegen Wahlrechtsausschlüsse (Drs 6/17125). Zum 15. April 2019, also vor der EU- und Kommunalwahl, betraf das in Sachsen etwa 3.000 Personen, die unter Vollbetreuung stehen und deshalb aktiv beantragen mussten, wählen zu dürfen. Zuvor hatte das Bundesverfassungsgericht Wahlrechtsausschlüsse für verfassungswidrig erklärt.

LINKEN-Rechtspolitiker Klaus Bartl begrüßte es, dass die Koalition wichtige Anregungen aus dem Gesetzentwurf der Linksfraktion übernommen hat, wenn auch klammheimlich und ohne das Bestreben nach einer fraktionsübergreifenden Initiative. Somit sind dennoch die Weichen gestellt für eine gesetzeskonforme Landtagswahl.

Für Entspannung statt Eskalation

„In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das.“

Das schrieb Egon Bahr, einer der Architekten von Willy Brandts Ostpolitik, 2013 Schülerinnen und Schülern ins Stammbuch. Sein Ausspruch trifft auch auf den Konflikt zwischen der EU und Russland zu, der sich an den Schauplätzen Krim und Ost-Ukraine entzündet hat. Vielleicht wäre das Verstehen-Wollen der Interessen der Gegenseite ein Schritt zur Lösung. Die Politik der Sanktionen und Gegensanktionen ist es jedenfalls nicht.

Friedenspolitik geht auch den Landtag etwas an – schon weil das sächsische Territorium als Aufmarsch- und Übungsgebiet der NATO-Kräfte gegen Russland missbraucht wird, wozu die Landesregierung beharrlich schweigt. Nicht nur dagegen wandte sich die Linksfraktion und forderte eine „Initiative Sachsens zur Normalisierung der Beziehungen zu Russland und zur Überwindung der Russland-Sanktionen“ (Drucksache 6/18011). Die Staatsregierung solle ferner alle – jenseits wirkungsloser Sanktionen liegenden – Aktivitäten unterstützen, „die auf die Beendigung der Konflikte in der Ostukraine und um die Krim sowie auf eine Lösung der Konflikte im Interesse der dort lebenden Menschen gerichtet sind.“

Wirtschaftspolitiker Nico Brünler erinnerte daran, dass die Linksfraktion

bereits 2014 die Sanktionen kritisiert hat – fünf Jahre bevor Michael Kretschmer das Thema für den Wahlkampf entdeckte. „Die von der EU verhängten Sanktionen und die wirtschaftspolitischen Gegenmaßnahmen Russlands zeigen Folgen auf beiden Seiten.“ Nicht nur brächen Geschäftskontakte sächsischer Unternehmen nach Russland ab, chinesische Anbieter nutzten die Lücken. Wichtiger sei die Bedrohung des Friedens: Wo Abrüstung geboten wäre, dominierten auf beiden Seiten verbale und militärische Aufrüstung. Diplomatie und militärische Zurückhaltung seien ins Abseits geraten. „Spätestens an diesem Punkt ist es an der Zeit, die gewählten Instrumente auf den Prüfstand zu stellen.“ Ohne eine Politik der friedlichen Koexistenz und der guten Nachbarschaft mit Russland werde es keine friedliche und gute Zukunft in Europa geben. „Wir sehen Deutschland angesichts des mörderischen Krieges, den es über die Sowjet-

union gebracht hat, in einer besonderen historischen Verantwortung.“ Es gehe nicht darum, jeden Punkt russischer Politik unkritisch zu befürworten, so Brünler. „Wir wissen, dass man keiner Regierung die bedingungslose Gefolgschaft verspricht, ohne Scheinheiligkeit.“ Nötig seien ein kritischer Dialog, eine neue Ostpolitik Deutschlands und der EU sowie eine neue Westpolitik Russlands. „Nötig ist eine neue Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit.“

Von Egon Bahr stammt auch das Prinzip „Wandel durch Annäherung“. Wir werden dafür streiten, dass die neue sächsische Staatsregierung danach handelt.



Bild von Artur Janas auf Pixabay

Adé SachsenLB – ehrlich Bilanz ziehen!

12 Jahre ist es her, dass der Notverkauf der 1991 gegründeten Landesbank Sachsen Girozentrale (SachsenLB) an die Landesbank Baden-Württemberg den Freistaat durcheinanderwirbelte. Ursprünglich als Staats- und Kommunalbank für den Mittelstand tätig, wurde sie ab der Jahrtausendwende zur Kapitalmarktbank umgeformt und auf Eigenkapitalrendite getrimmt – mit Unterstützung des Finanzministeriums. 2006 betrug die Kapitalmarktgeschäfte etwa 41 Milliarden Euro – das Dreifache des Landeshaushaltes. Selbst die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ging davon aus, dass die Landesbank bei der kleinsten Störung auf dem Finanzmarkt in Schwierigkeiten geraten würde. So kam es auch, als die Finanzkrise von 2007/2008 begann. Die Bank kollabierte.

Der Rücktritt des Ministerpräsidenten Georg Milbradt (CDU) war eine von vielen Folgen – vor allem bürgen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für Verluste von bis zu 2,75 Milliarden Euro. Seitdem wurden das Vorzeige-Geldhaus abgewickelt und toxische Finanzprodukte veräußert. Dieser Prozess ist nun fast abgeschlossen. Zynisch lobte sich die CDU selbst, als klar wurde, dass der Bürgschaftsrahmen „nur“ bis zu 1,86 Milliarden Euro ausgeschöpft werden muss.

Für **Nico Brünler, Sprecher der Linksfraktion für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik**, ist die SachsenLB „ein Lehrstück für unser seriöse Finanzpolitik“. Nur wenige Landesregierungen hätten es „mit einer für die CDU typischen Mischung aus



Foto: Uwe Steinbrich/Pixelio

Größenwahn und dem Glauben an die eigene Unfehlbarkeit geschafft, so nachhaltig Landesvermögen zu vernichten.“ Für die Garantieleistungen floss Steuergeld in Milliardenhöhe – es fehlt für Schulen, Straßen, Polizei-Stellen. Vor allem mit Blick auf Schlussfolgerungen hat die Linksfraktion eine Bilanz beantragt – zum Beispiel auch der Kosten für Sachverständige, Gutachten, gerichtliche Entscheidungen, Anerkennnisse oder Vergleiche sowie Kosten im Zusammenhang mit der Verwaltung des Garantiefonds. Der Rechnungshof, so der Antrag (Drucksache 6/17765) weiter, soll ebenfalls ein Gutachten vorlegen. Brünler: „Wir kennen bisher lediglich die Untergrenze des Schadens. Die ist größer als die gezogenen Garantien.“

Die CDU hat an einer Bilanz freilich kein Interesse – für **Klaus Tischendorf, früher Obmann im Landesbank-Untersuchungsausschuss**, ein Déjà-vu: „Die führenden Politiker der damaligen Staatsregierung haben ihre Aufsichtspflicht sträflich vernachlässigt. Ich kenne niemanden, der gesagt hätte, ich übernehme politische Verantwortung.“ Seit 12 Jahren hätte gegen eine Wiederholung vorgesorgt werden müssen. Von einer Regierung, die nicht einmal die Vergangenheit aufarbeiten will, kann man das wohl nicht erwarten.

Integration organisieren

Wer hier lebt, soll ein aktiver Teil der Gesellschaft sein – Integration schafft Zusammenhalt, und sie erfolgt vor Ort. Die Linksfraktion hat als Rahmen ein Integrationsgesetz vorgeschlagen – die Koalition lehnte ab. Die Forderungen aber bleiben: Es sollen mehr Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst arbeiten, die interkulturelle Kompetenz des Personals ist zu fördern. In den Kommunen sollen Integrationszentren koordinierend wirken. In Beiräten sollen Menschen mit Migrationsgeschichte politisch wirken können. Die Mehrkosten soll der Freistaat den Landkreisen, Städten und Gemeinden erstatten und ihnen eine Integrationspauschale von 50 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Tierschutz beleben

„Wenn wir den Tierschutz weiter so dümpeln lassen, dann wird es in zehn Jahren flächendeckend kaum noch Tierheime geben.“ So kommentierte die Vertreterin des Landestierschutzbundes im Sozialschuss einen Gesetzentwurf der Linksfraktion zur Stärkung der Tierheime und Tierschutzorganisationen. Die CDU bremst weiter – und will das Thema in die nächste Wahlperiode verlagern. Dabei muss der Freistaat die Finanzierung der Tierheime dringend auf sichere Füße stellen. Die staatliche Aufgabe Tierschutz darf auch nicht länger zu Dumpingpreisen an freie Träger ausgelagert werden, die dann, wenn überhaupt, nur den Mindestlohn zahlen können. Auch müssen Baumaßnahmen gefördert werden: Mussten früher viele Tiere für kurze Zeit beherbergt werden, gibt es heute viele „Dauerinsassen“, darunter gefährliche oder exotische Tiere. Tierschutzorganisationen sollen zudem ein Verbandsklagerecht bekommen, ein Landestierschutzbeauftragter soll Beschwerden nachgehen.

Parité-Gesetz für Sachsen!

Hundert Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts war und ist kein deutsches Parlament paritätisch besetzt – in unzähligen Wahlen ist die Überrepräsentanz von Männern in der Politik nicht aufgehoben worden. Das liegt vor allem daran, dass deutlich weniger Frauen zur Wahl standen. Darauf zielt das von der Fraktion DIE LINKE vorgelegte „Gesetz zur Gewährleistung der paritätischen Vertretung von Frauen und Männern im Sächsischen Landtag“. Er soll verankern, was bei LINKEN und Grünen geübte Praxis ist: Bei der Listenaufstellung sind ebenso viele Frauen zu wählen wie Männer. Brandenburg und Thüringen sind mutig vorangegangen – Sachsen sollte schnell folgen.



Plenarspiegel Juli 2019

Die 94. und 95. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages fanden vom 2. bis zum 4. Juli 2019 statt. Die Linksfraktion war unter anderem mit folgenden parlamentarischen Initiativen vertreten:

Aktuelle Debatte

„Zukunft braucht gute Schule – jetzt erst recht“

Gesetzentwürfe

„Gesetz zur Gleichstellung, Inklusion und selbstbestimmten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen“ (Drs 6/13144)

„Gesetz zur Behebung verfassungswidriger Wahlrechtsausschlüsse in Sachsen“ (Drs 6/17125)

„Gesetz zur Verbesserung der Teilhabe von Migrantinnen und Migranten sowie zur Regelung der Grundsätze und Ziele der Integration“ (Drs 6/13768)

„Gesetz zur Verbesserung des Tierschutzes in Sachsen und zur Förderung der im Bereich des Tierschutzes tätigen Vereine und Verbände“ (Drs 6/14771)

„Gesetz zur Gewährleistung der paritätischen Vertretung von Frauen und Männern im Sächsischen Landtag – Sächsisches Parité-Gesetz“ (Drs 6/16948)

Prioritätenantrag

„Sozialstaat garantieren: Existenzsichernde Einkommen für alle – Armut wirksam bekämpfen!“ (Drs 6/18048)

Anträge
(weitere in der **Sammeldrucksache 6/18112**)

„Wandel durch Annäherung: Initiative Sachsens zur Normalisierung der Beziehungen zu Russland und zur Überwindung der Russland-Sanktionen“ (Drs 6/18011)

„12 Jahre nach der Pleite – ehrliche Bilanz zu den wirtschaftlichen Folgen des Landesbank-Desasters“ (Drs 6/17765)

Drucksachen (Drs) unter www.edas.slt.sachsen.de

Kein Schlussstrich

Zehn Menschenleben forderte der Terror des NSU – viele weitere Opfer gehen aufs Konto des „Trios“, das eigentlich ein Netzwerk war. „Wir tun alles, um die Morde aufzuklären“, versprach die Kanzlerin 2012. Aus Sicht vieler Hinterbliebener ist dieses Versprechen gebrochen. „Ich will, dass die Angeklagten hier verurteilt werden. Aber für mich wäre weitere Aufklärung auch sehr wichtig gewesen. Warum Mehmet, warum ein Mord in Dortmund, gab es Helfer? Und was wusste der Staat? Vieles davon bleibt unbeantwortet nach diesem Prozess.“ So äußerte sich Elif Kubaşık, Frau des ermordeten Mehmet Kubaşık, nach dem Prozess in München.

Im Sächsischen Landtag tagten seit 2012 zwei Untersuchungsausschüsse zum Behördenversagen. Nach 43 Sitzungen, 100 Stunden Vernehmung und dem Studium von 1.600 Aktenbänden liegt nun der Abschlussbericht vor. Die Linksfraktion stellte dem dürren Papier von CDU und SPD ein Sondervotum von mehr als 1.000 Seiten entgegen. „Wir haben viele Erkenntnisse erlangt, aber keine einfachen Antworten gefunden. Wir müssen uns teils neuen Fragen stellen. Der NSU-Komplex ist keineswegs aufgeklärt“, so die **Sprecherin für Antifaschistische Politik, Kerstin Köditz**, in der Debatte.

Es gebe keine Anhaltspunkte dafür, dass der NSU durch Behörden gedeckt oder gefördert worden wäre. Allerdings habe es neben einigen versierten Beamtinnen und Beamten auch solche gegeben, „die manchmal nicht einmal



das Notwendigste getan haben. Diese Feststellung beziehe ich ausdrücklich auf das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) als Ganzes.“ Es habe frühzeitig zutreffende Hinweise gegeben, welche Nazis dem Trio halfen und ihnen womöglich Unterkünfte verschafften. „Gleichwohl verliehen sich die sächsischen Behörden darauf, dass die Thüringischen Behörden allein weiterkommen würden.“ Sachsens Verfassungsschutz habe nichts unternommen, sondern Erkenntnisse aus Quellenschutzgründen weder der Polizei noch einer hiesigen Staatsanwaltschaft vorgelegt. „Das LfV hätte mehr tun können und es hätte mehr tun müssen.“ Monatelang wurden hingegen ganz regulär Akten vernichtet, kritisierte Köditz.

Die Linksfraktion hat per Entschließungsantrag wichtige Forderungen erhoben – drei der 46 Schlussfolgerungen sind besonders wichtig, auch im Kampf gegen Nazi-Netzwerke. Die Staatsregierung soll erstens endlich

Fehler ihrer Behörden einräumen und dazu beitragen, die Betroffenen und Hinterbliebenen zu entschädigen. Zweitens sollten die extreme Rechte und die Gefahren des Rechtsterrorismus insbesondere am Beispiel des NSU als regelmäßiger Lehrplaninhalt behandelt werden. Drittens braucht Sachsen ein Gesamtkonzept zur Zurückdrängung der extremen Rechten. Denn zum NSU sind längst weitere Rechtsterror-Organisationen gestoßen – die „Gruppe Freital“ und „Revolution Chemnitz“, aber auch die „Oldschool Society“. Köditz' Fazit: „Der Rechtsterrorismus ist nicht erledigt.“

Eine Reihe mutmaßlicher NSU-Unterstützer, davon acht namentlich bekannte Personen aus Sachsen, mussten sich bislang nicht vor Gericht verantworten. Einiges, womit sich auch der Ausschuss befasste, deutet darauf hin, dass der NSU weitere Helfer und Handlanger gehabt haben muss. Es kann keinen Schlussstrich geben.

Vielen Dank für eure Arbeit!

Schweren Herzens müssen wir ab Herbst auf die nachstehenden LINKE-Abgeordneten (v.l.n.r., von oben nach unten) verzichten, die nach intensiven Jahren im Parlament nicht erneut antreten. Vielen Dank für eure wichtige und gute Arbeit für die Landtags-LINKE und alles Gute für die Zukunft!

Cornelia Falken
Im Landtag von 2004 bis 2019

Kathrin Kagelmann
Im Landtag von 2004 bis 2019

Anja Klotzbücher
Im Landtag von 2014 bis 2019

Kerstin Lauterbach
Im Landtag von 2006 bis 2019

Klaus Bartl
Im Landtag von 1990 bis 2019

Klaus Tischendorf
Im Landtag von 1999 bis 2019

Horst Wehner
Im Landtag von 2004 bis 2019



Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag